

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Ranfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigentell: Edward Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Röllnischen Park 2.

Inserate für die vtergespaltene Pettzelle ober deren Raum 60 Pfg.
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Lebensmittelnot.

Vor einiger Zeit ist der Hygieniker Professor Dr. Abel mit ziemlich erheblichem Krach aus dem Beirat des Kriegsernährungsamtes ausgeschieden. Das Schreiben, mit welchem er seinen Austritt begründet hat, ist vom Kriegsernährungsamt selbst veröffentlicht worden; es hat seines polternden Tones wegen in der Öffentlichkeit keinen guten Eindruck gemacht. Immerhin ging aus dem Schreiben hervor, daß Professor Dr. Abel mit der Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes sehr unzufrieden ist. Große Teile der Bevölkerung, sagte er, werden heute in Wahrheit unterernährt, während andere Teile mehr haben, als sie brauchen.

Die Wichtigkeit dieser Behauptung empfinden die Arbeiter in den Städten täglich am eigenen Leibe; Professor Abel hat aber kürzlich seine Ansichten, in einem Ersuchen der Jenaer Gemeindebehörden folgend, in einem Vortrage vor dem Jenaer Gesundheitsauschuß des näheren dargelegt. Hiernach ist der Mangel an Fett die Hauptursache der Unterernährung. Früher galt der Genuß von 50 bis 60 Gramm Fett täglich als das gewöhnliche; jetzt wird uns nur 90 Gramm Fett, vielfach auch noch weniger, in Gestalt von Butter und Margarine wöchentlich zugebilligt. Nun hat aber Fett einen mehr als doppelt so hohen Nährwert als Eiweiß und Kohlenhydrate, die beiden anderen wichtigen Grundstoffe unserer Nahrung. Die Folge des Fettmangels, so heißt es in dem Vortrag weiter, ist also, daß wir bedeutend mehr als ehemals essen müssen, um dem Körper die gleiche Kraftmenge zu liefern. Das ist aber für die Verdauungsorgane des Städters, der nicht sehr kräftige körperliche Arbeit zu leisten hat, eine schwere und vielleicht nicht zuträglich Belastung. Mancher hat daher ständig Hunger, weil er gar nicht soviel essen kann, wie er möchte; es fehlt ihm die sättigende Wirkung der Fettmangel.

Hierbei hat Professor Abel aber noch übersehen, daß es nicht nur an dem Unermögen des Magens liegt, die erforderliche große Menge fettloser Speisen aufzunehmen. Die dem einzelnen zugemessene Menge an Nahrungsmitteln ist so klein, daß eine Ueberfüllung des Magens nicht zu fürchten ist. Freilich wird dadurch das ständige Hungergefühl nur vergrößert. Als ein Mittel, den Fettmangel entgegenzuwirken, empfiehlt Professor Abel den ausgedehnten Anbau von Delifrüchten. Ob und in welchem Maße seine Vorschläge beachtet werden, und ob es gelingen wird, die Fettnot in absehbarer Zeit zu beseitigen, bleibt abzuwarten. Zu große Hoffnungen wird man sich jedenfalls nicht machen dürfen.

Aber auch die Aussichten für die Versorgung mit sonstigen Lebensmitteln sind nichts weniger als glänzend. Bei dem allgemeinen Wunsch nach Wiederherstellung des Friedens spielt vielfach die Hoffnung eine große Rolle, daß damit endlich die Zeit wiederkomme, wo man sich einmal gründlich satt essen kann. Diese Hoffnung wird durch einen Aufruf, den der Vorsitzende des Direktoriums der Reichsgelödestelle, Unterstaatssekretär Michaelis, in den „Deutschen Kriegsnachrichten“ veröffentlicht, stark herabgemindert. In bezug auf die Getreideversorgung heißt es in dem Aufruf:

Nun besteht wohl allgemein die Hoffnung, daß, wenn der Friede kommt, alle diese Unnatürlichkeiten beseitigt werden, daß die Knappheit der Portionen aufhört, und daß jeder wieder soviel kaufen und verzehren kann, wie er will. Diese Hoffnung ist leider eine trügerische. Wir werden damit rechnen müssen, daß wir für eine geraume Zeit, vielleicht für mehrere Jahre, mit einer weiteren Beschränkung des Verbrauchs und einer Rationierung der wichtigsten Lebensmittel uns abfinden müssen. Deutschland wird auch in den kommenden Friedensjahren zunächst fest ausschließlich auf das angewiesen sein, was in seinen eigenen Grenzen an Lebensmitteln hergestellt wird.

Das ist ein recht unerfreuliches Zukunftsbild. Wenn man sich auch gern mit dem Sprichwort trösten, daß die Suppe leicht so heiß gegessen wird, wie sie gekocht wurde, so sind doch die Erfahrungen, die wir während des Krieges mit der Ernährung gemacht haben, wohl geeignet, uns reservierter stimmen. Wer es vor zwei Jahren unternommen hätte, zu prophezeien, daß sich die Ernährungsverhältnisse so gestalten würden, wie sie sich tatsächlich gestaltet haben, hätte gewißlich glauben gefunden. Und nun?

Aber wenn wir uns wirklich noch einige Jahre nach dem Lebensstil mit den heutigen Ernährungsverhältnissen finden müßten, treten wir doch mit aller Entschiedenheit die schnelle Beendigung des Krieges ein. Leider sind die Aussichten für die Erfüllung dieses Wunsches nach der Natur, welche die künftigen Vorkämpfer auf des deutschen Lebensangebot gegeben haben, stark gemindert. Um so nachdrücklicher müssen wir verlangen, daß alles getan und nichts unversucht werde, was geeignet ist, die Ernährungsverhältnisse zu verbessern. Die gegenwärtigen Verhältnisse bei der Verteilung der vorhandenen Lebensmittel sind einfach skandalös. Wenn es wirklich auch für längere Zeit nach dem Kriege nicht möglich sein sollte, die Menge der Nahrungsmittel zu vermehren, dann muß doch endlich für eine gerechte Verteilung gesorgt werden. Der jetzige Zustand muß aufhören, daß die

wohlhabenden Kreise, denen genügend Geld zur Verfügung steht, sich die Hintertüren zu öffnen, in Ueberschuß schwelgen, während die minder Glücklichen bei den zugewiesenen Rationen hungern. Die Abstellung des Lebensmittelmangels wie die Beseitigung des Lebensmittelwunders sind Aufgaben, deren Lösung schnell und gründlich erfolgen muß.

Ueber die Aussichten der Ernährung für die nächste Zeit hat sich auch Herr v. Batocki in der Sitzung des Beirats beim Kriegsernährungsamt, die am 19. und 20. Januar tagte, ausgelassen. Er war sichtlich bemüht, Hoffnungen zu wecken, aber aus seiner Rede hört man hauptsächlich die Mahnung zur Sparsamkeit im Lebensmittelverbrauch heraus. Nach den Mitteilungen in der Presse betonte der Präsident des Kriegsernährungsamtes, daß eine grundsätzliche Uenderung des Systems im neuen Wirtschaftsjahre nicht eintreten soll. Auch wenn vor Beginn des letzteren Frieden geschlossen werden sollte, wird für die folgende schwierige Uebergangszeit keine Uenderung eintreten können. Die Versorgungsschwierigkeit dieses Jahres habe ihren Grund in der schlechten Kartoffelernte. Auch die Transportverhältnisse wirkten sehr ungünstig. Die Schätzungen über die Getreideernte gehen so weit auseinander, daß am 15. Februar eine neue Bestandaufnahme nötig wird. Die Kartoffelvorräte werden sich genau erst feststellen lassen, wenn die Mieten geöffnet sind und das Saatgut ausgelesen ist. Trotz der günstigen Körnerernte stehen wir infolge der Kartoffelmisernte bezüglich der gesamten verfügbaren Nährwerte an Getreide und Kartoffeln schlechter als im Vorjahr. Ein Ausgleich ist nur durch eine immer sorgfältigere und gerechtere Verteilung und durch Einschränkung des Gesamtverbrauchs zu erreichen. Diese Sparpolitik muß schon jetzt eingeleitet werden, damit bis zum Schlusse des Wirtschaftsjahres auch für den ungünstigsten Fall genügend Mittel zur Verfügung stehen. Die in Rumänien vorgefundenen Vorräte sind recht erheblich. Schwierigkeiten bietet jedoch der Transport. Die Mittel, die uns bis zum Schlusse des Erntejahres zur Verfügung stehen, sind knapp, und es bedarf einer strengen Organisation bei Erfassung und Verteilung des Vorhandenen. Die Errichtung des Kriegsammtes ist als ein Fortschritt auch für die Volksernährung zu begrüßen, da es dadurch gelingen wird, alle von der Militärgewalt abhängigen Faktoren zur Betriebsaufrechterhaltung zusammenzufassen und die Interessen der heimischen Wirtschaft und die Erfordernisse der Front gegeneinander abzuwägen. Trotz der schwierigen Verhältnisse können wir die feste Zuversicht haben, daß wir unbedingt durchhalten werden, wenn Erzeuger wie Verbraucher dem Ernst der Zeit Rechnung tragen. Die unverfälschte Antwort unserer Feinde auf unser Friedensangebot erklärt sich durch ihre Hoffnung, daß wir in diesem Frühjahr oder Sommer wirtschaftlich zusammenbrechen würden.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes betonte auch die Notwendigkeit einer gerechteren Verteilung der Lebensmittel. Wir hören zwar die Worte, aber uns fehlt der Glaube, weil wir keine Daten sehen. Die Bevölkerungskreise, die auf die rationierten Lebensmittel angewiesen sind, weil sie die marktsüchtigen Waren nicht bezahlen können, und weil ihnen die Hintertüren nicht offenstehen, sind mit der Ernährung auf einem Tiefstand angekommen, der nicht mehr überschritten werden kann. Mit den Mahnungen zur Einschränkung des Lebensmittelverbrauchs möchte man uns endlich verschonen, wir verlangen eine gerechte Verteilung, damit sich auch die Minderbemittelten wieder einmal sattessen können.

Wie es jetzt mit der gerechten Verteilung der Lebensmittel bestellt ist, dafür ist ein Vergleich der tatsächlichen Zustände mit dem schon früher erwähnten Bericht interessant, den der Reichskommissar für Fische in der Sitzung des Beirats des Kriegsernährungsamtes gegeben hat. Hiernach ist alles aufs beste bestellt. An der ganzen Küste sind etwa 20 Gefelschiffen gebildet worden, die Fang und Einfuhr ziemlich reiblos erfassen. Maßnahmen zur Preisregulierung seien getroffen. Die Verteilung der Fische erfolgt durch die Fischhändler, die Fische werden auf deren eigene Rechnung, sondern im Kohne. Zur Belieferung des Binnenlandes sind den verschiedenen Gesellschaften bestimmte Abgabebereiche zugewiesen.

Aus dem veröffentlichten Bericht über die Sitzung ist nicht ersichtlich, wie die Zuhörer diese Mitteilung aufgenommen haben, und ob der Berichterstatter das verdiente Gehaltsbedürfnis geäußert hat. Die Organisation des Fischereiwirtschafts durch die Reichsregierung ist so vollkommen, daß jetzt überhaupt keine Fische mehr ins Binnenland kommen. Schon im Dezember hat die Zufuhr merklich nachgelassen, und seither hat sie ganz aufgehört. Man findet wohl noch hin und wieder einen armeneligen Hering zum Verkauf gestellt, aber der Preis von einem Mark und mehr für das Stück läßt darauf schließen, daß man als Abnehmer nur auf dieselben Kreise respektiert, die auch für Gänse jeden geforderten Phantasiepreis gezahlt haben.

Dieses erfolgreiche Wirken des Reichskommissars für Fische ist typisch. Man wird von einem gelinden Grausen

befallen, wenn man hört, daß wieder ein neues Nahrungsmittel der Bewirtschaftung durch das Reich unterstellt ist, denn die nächste Folge ist in der Regel, daß dieses Nahrungsmittel nun völlig vom Markt verschwindet. Damit soll nichts gegen die Reichsgesellschaften an sich gesagt sein, ihr Wirken mag der Volkswirtschaft zum Vorteil gereichen. Es dürfte aber wohl nicht unbescheiden sein, zu verlangen, daß auch das hungernde Volk etwas von diesem Wirken zu spüren bekommt.

Der Mangel an Lebensmitteln ist um so empfindlicher, als er jetzt, in der härtesten Kälteperiode, einhergeht mit einem nie gekanntem Kohlenmangel. Was nützt uns der Trost, daß ein Kohlenmangel nicht existiert, daß im Gegenteil massenhaft Kohlen vorhanden seien und sich nur dem Transport Schwierigkeiten entgegenstellen. Wir kennen die Ursachen der Transportbeschwerden im einzelnen nicht; wir sind auch überzeugt, daß es nicht die Absicht der Reichsregierung ist, die uns auferlegte Hungerkur durch Entzug der Heizung zu verschärfen. Aber denjenigen, der mit hungrigem Magen friert, gewahren die interessantesten Auseinandersetzungen keine Befriedigung. Sein dringendstes Verlangen ist auf die Beseitigung des schweren Notstandes gerichtet.

Man kann ja nicht gerade behaupten, daß uns die Regierung mit guten Aussichten für die Zukunft den Mund wässrig macht, vielleicht, so wollen wir wenigstens hoffen, bemüht sie sich um so intensiver für eine künftige bessere Gestaltung der Ernährungsverhältnisse. Aber über der Vorsorge für die Zukunft dürfen die Notwendigkeiten des Augenblicks nicht versäumt werden. Die gerechte Verteilung der Lebensmittel darf uns nicht als ein für später anzustrebendes Ideal vor Augen geführt werden, jetzt, sofort müssen energische Maßnahmen getroffen werden. Die Not ist so groß, daß schleunigst Abhilfe geschaffen werden muß.

Keine Ausschaltung der vertraglichen Schlichtungsinstanzen durch das Hilfsdienstgesetz.

In Nr. 3 der „Holzarbeiter-Zeitung“ haben wir über einige Streitfälle aus der Holzindustrie in Bremen berichtet, über welche der auf Grund des Hilfsdienstgesetzes errichtete vorläufige Ausschuss am 8. und 10. Januar entschieden hat. Diese Fälle geben dem Professor Dr. Zimmermann Anlaß zu interessanten Betrachtungen, die er in der „Sozialen Praxis“ vom 25. Januar veröffentlicht hat. Er behandelt insbesondere den Fall der Möbelabrik von Locke u. Co. und bezeichnet die dort vorgekommene Arbeitseinstellung „als ein schlimmes Disziplinarvergehen wider die Gesetze der Tarifgemeinschaft“.

Doch nicht auf diese Seite der Sache kommt es ihm hauptsächlich an, wichtiger findet er die Tatsache, daß in diesem Fall der tarifliche Instanzenzug nicht benutzt wurde. Die Schlichtungskommission hätte, als sie nicht einig wurde, entweder den unparteiischen Vorsitzenden heranziehen oder, noch besser, die Streitfrage den Zentralvorständen zur Entscheidung unterbreiten sollen. Diese wären nicht nur nach den Vorschriften des Vertrages die zuständigen Vermittler, auch sachlich wären sie dazu am besten geeignet gewesen. „Statt dessen brachten die Holzarbeiter in Bremen die Streitfrage ohne weiteres vor den vorläufigen kriegsamtlichen Ausschuss“, und dieser „vorläufige Ausschuss“ war eifervoll sogleich bereit, diese tariflichen Streitfragen durch Schiedspruch zu entscheiden. Dieser Schiedspruch verpflichtet aber nur die hilfsdienstpflichtigen Arbeiter und Arbeitgeber. Für die nicht hilfsdienstpflichtigen Arbeiter und Firmen hat der „vorläufige Ausschuss“ eine Entscheidung als nicht zuständig abgelehnt. Damit tritt der gewiß merkwürdige Zustand ein, daß die nicht hilfsdienstpflichtigen Arbeiter, obwohl sie mit den hilfsdienstpflichtigen Kollegen Schulter an Schulter in derselben Werkstatt arbeiten, ihre Streitfrage nunmehr wieder auf dem im Tarifvertrage vorgeschriebenen ordentlichen Instanzenzuge verfolgen werden, um womöglich eine dem Arbeiterstandpunkt günstigere Auslegung der Zulagefragen auf Grund des Novembervertrages der Zentralvorstände zu erzielen.“

Man muß Prof. Dr. Zimmermann beipflichten, daß es sich hier um einen durchaus unbefriedigenden Zustand handelt. Der hauptsächlich dadurch hervorgerufen wurde, daß die Streitfrage — in diesem Fall handelt es sich um die Bemessung des Akkordzuschlages auf Grund der Vereinbarung vom 10. November — statt vor die Zentralvorstände vor den „vorläufigen Ausschuss“ auf Grund des § 9 des Hilfsdienstgesetzes gebracht wurde. Was die Bremer Ortsparteien veranlaßt, diesen Weg zu wählen, ist uns nicht bekannt. Die praktische Bedeutung für den Einzelfall tritt übrigens zurück hinter die grundsätzliche Frage, ob es im allgemeinen richtig ist, ähnliche Streitfragen vor dem Ausschuss auf Grund des Hilfsdienstgesetzes oder vor den tariflichen Schlichtungsinstanzen zur Entscheidung zu bringen. Prof. Dr. Zimmermann tritt entschieden dafür ein, daß auch unter der Geltung des Hilfsdienstgesetzes die tariflichen Instanzen ihre Funktionen behalten und ausüben. Seine Gründe sind so einleuchtend, daß man ihnen rückhaltlos zustimmen muß.

Er verweist zunächst darauf, daß in Gewerben mit alten Tariftraditionen und gut funktionierenden Schlichtungsinstanzen die Parteien nicht nur vertraglich verpflichtet sind, die Vertragsinstanzen anzurufen, sondern daß diese Instanzen auch am besten geeignet sind, Differenzen zu erledigen. Handelt es sich doch in den meisten Fällen nicht um die Eigenart eines Einzelbetriebes, sondern für die Entscheidung ist in der Regel die Kenntnis des ganzen Tarifvertrages mit seiner Erläuterung und der Praxis seiner Auslegung notwendig, so daß jede neue Entscheidung zugleich für alle Tarifbetriebe gilt. Der Ausschuss auf Grund des Hilfsdienstgesetzes müßte bei solchen Fragen stets Sachverständige von beiden Parteien zuziehen, wobei es noch zweifelhaft bleibt, ob er sich bei schwierigen Fragen genügend durchfindet. Ganz abgesehen von dem unnötigen Kraftaufwand, der erforderlich wird, wenn man den erwähnten Ausschuss und noch Vertreter der Vertragsparteien zur Erledigung von Fragen aufbietet, die von den Vertragsinstanzen allein schnell und glatt dem Tarifvertrag entsprechend behandelt werden können.

Dazu kommt, daß die Ausschüsse auf Grund des Hilfsdienstgesetzes, zumal in der ersten Zeit, mit Entscheidungen über die Gewährung oder Verweigerung des Abkehrschines überlastet sein werden. Auch auf die Gefahr wird hingewiesen, daß disziplinlose tarifuntreue Firmen und Arbeiter unter Umgehung der vertraglichen Schlichtungsinstanzen den Hilfsdienstausschuss anrufen in der Erwartung, dort bei einem die „Differenz spaltenden“ Schiedspruch besser zu fahren. Prof. Dr. Zimmermann kommt bei seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, daß die Organe der tariflich geregelten Gewerbe es nicht nur als ihr Recht, sondern als Pflicht betrachten müßten, ihre Funktionen im Rahmen des Hilfsdienstgesetzes weiter auszuüben. Das Gesetz läßt durch die Vorschriften in den §§ 9 und 13 die Einschaltung der Vertragsinstanzen in das Einigungsverfahren zu, und Prof. Dr. Zimmermann glaubt versichern zu können, daß das Kriegsam eine Auslegung des Gesetzes, durch welche die Mitarbeit der vertraglichen Schlichtungsorgane ausgeschaltet wird, entschieden ablehnen werde.

Wir halten diese Anregungen für recht wichtig. Es würde sich jedenfalls als zweckmäßig erweisen, wenn die beruflichen Instanzen die Sache in die Hand nehmen, um zu erreichen, daß allgem ein geltende Bestimmungen erlassen werden, welche den Schlichtungsinstanzen der Tarifgemeinschaften ihr Recht im Rahmen des Hilfsdienstgesetzes sichern.

Soziales.

Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei.

Für den, der die Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung während des Krieges verfolgt hat, bedeutet die jetzt vorliegende formelle Erklärung der Spaltung der sozialdemokratischen Partei keine Ueberraschung mehr. Von auseinanderdriftenden Elementen in der Partei ist lange und zielbewußt auf dieses Ergebnis hingearbeitet worden, und verwunderlich ist nur das Geschrei über Bergewaltigung, das jetzt erhoben wird, nachdem der Parteivorstand aus den vorliegenden Tatsachen die Konsequenzen gezogen und ausgesprochen hat, was ist.

Eine Einigkeit in dem Sinne, daß in allen Fragen eine bis ins einzelne gehende Übereinstimmung der Anschauung aller Mitglieder vorhanden wäre, ist in einem so umfangreichen Körper, wie ihn die sozialdemokratische Partei darstellt, ganz unmöglich. Für den Zusammenhalt der Partei muß eine Übereinstimmung in den Grundfragen genügen. Ist diese vorhanden, dann können selbst scharfe Auseinandersetzungen über Einzelheiten keinen Schaden anrichten; sind es im Grund doch nur Streitigkeiten über den besten Weg zu dem gemeinsam erstrebten Ziel. Daneben ist eine unumgängliche Voraussetzung für den Zusammenhalt der Partei die Einigkeit im Handeln.

Die Disziplin ist in der Arbeiterpartei noch viel notwendiger als in allen anderen Parteien. Gleichviel, ob es sich um parlamentarische oder außerparlamentarische Aktionen handelt, kann die Arbeiterpartei nur durch ihre Masse wirken. Das ist auch der Grund, weshalb in der Arbeiterbewegung bisher so großer Wert auf die Disziplin gelegt wurde. Diese proletarische Disziplin ist kein Kabavergebot, sie darf nicht mit der widerspruchsvollen Unterordnung unter den Willen der Vorgesetzten verwechselt werden, der das militärische Leben durchweht. Die proletarische Disziplin ist die freiwillige Unterordnung des eigenen Willens unter

den Willen der Mehrheit der Gleichstrebenden. Auch die proletarische Disziplin verlangt von dem einzelnen ein gewisses Maß von Selbstverleugnung. Dieses Opfer muß verlangt und gebracht werden, um den Zusammenhalt der Massen nicht zu lockern, der notwendig ist zur Erreichung der großen, weitgesteckten Ziele, die sich die Bewegung gesetzt hat.

In der sozialdemokratischen Partei ging die Mißachtung der Pflicht der Unterordnung unter den Willen der Mehrheit von einem Teil der parlamentarischen Vertreter aus, und sie ist von diesen in die Organisationen hineingetragen worden. Es war die Stellung zum Kriegesproblem, wodurch der Zwist hervorgerufen wurde, der so tief ging, daß er die früheren Gegensätze völlig in den Hintergrund drängte. Parteitheoretiker, die sich vorher der Verschiedenartigkeit der Anschauungen wegen auf das bitterste beschwerten, haben die Streitfrage begraben und kämpfen nun gemeinsam mit dem gleichen Eifer gegen die früheren Freunde, die in der neuen Streitfrage auf der anderen Seite stehen. Bei dem Streit im sozialdemokratischen Lager, der zu so weitgehenden Folgen führte, handelt es sich in erster Linie um die Politik des 4. August oder, anders ausgedrückt, um die Frage, ob die Sozialdemokraten die Kriegskredite bewilligen dürfen, ohne ihren Grundsatzen etwas zu vergeben.

Interessant ist dabei, daß an dem berühmten 4. August die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einstimmig die Kriegskredite bewilligte, ohne daß im Lande dagegen der geringste Widerspruch laut wurde. Der Disziplinbruch eines Abgeordneten, der am 2. Dezember 1914 entgegen dem Fraktionsbeschluss die Kredite ablehnte, fand noch fast allseitig harten Tadel. Als dann im März 1915 wiederum, diesmal 10 Milliarden Kriegskredite angefordert wurden, da waren eine Anzahl Anhänger der Minderheit (so teilte ein Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft in einer Veröffentlichung mit) wohl bereit, für 5 Milliarden zu stimmen, aber gegen 10 Milliarden bäumte sich ihr sozialdemokratisches Gewissen auf. Damals enthielten sie sich der Abstimmung. Wir wollen auf die Einzelheiten nicht näher eingehen, nicht auf die spätere offene Ablehnung der Kredite durch die Minderheit der Reichstagsfraktion, nicht auf die Gründung der Arbeitsgemeinschaft und das, was dieser Gründung vorausging und was ihr folgte. Wir erwähnen die ersten Abstimmungen über die Kriegskredite und ihre Begleiterscheinungen nur, um daran zu erinnern, daß diese Fragen lange Zeit hindurch nicht als Fragen des Prinzips behandelt wurden.

Nichtsdestoweniger wurde die Erbitterung, mit welcher der Bruderkampf geführt wurde, immer größer. Als der Parteivorstand im September 1916 die Reichskonferenz berief, um den Versuch einer Verständigung zu unternehmen, da stellte sich die Opposition auf den Standpunkt, daß es an dieser Stelle unzulässig sei, Beschlüsse zu fassen. Dafür wurde auf den 7. Januar 1917 eine Reichskonferenz der Opposition berufen, in der Beschlüsse gefaßt wurden, darunter auch solche, die darauf hinauslaufen, innerhalb der Partei eine Sonderorganisation der Opposition zu bilden, der die Aufgabe zufallen soll, die Partei auseinanderzusprennen. Einige Gruppen der Opposition treten offen für den Austritt aus der sozialdemokratischen Partei ein. Das ist ehrlich und konsequent. Aber erklären, wie es die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft tut, daß man mit den Bestrebungen der Mehrheit der Partei nichts mehr gemein habe, daß man die Politik der rechtmäßigen Organe der Partei entschieden bekämpfen, aber doch noch in der Partei bleiben wolle, ein solcher Standpunkt ist nicht geeignet, Achtung abzurufen.

Der Parteivorstand hat, nachdem der am 18. Januar tagende Parteiausschuss seiner Auffassung mit 29 gegen 10 Stimmen beipflichtet hatte, unter dem 20. Januar eine Bekanntmachung erlassen, in der es im Hinblick auf die Reichskonferenz der Opposition heißt: „Wir wollen die Partei wieder aktionsfähig machen und rufen die Genossen hiermit zur Mitarbeit auf. In unserer Partei müssen die uneingeschränkte Meinungsfreiheit, das Recht auf die rücksichtsloseste Kritik unter allen Umständen sichergestellt sein. Daran darf nicht gerührt werden. Diesen unantastbaren Rechten gegenüber steht freilich die Pflicht der Disziplin, d. h. die Pflicht der Unterordnung unter Mehrheitsbeschlüsse, die Einheitlichkeit im Handeln. Es muß jetzt Klarheit in der Partei geschaffen werden. Wer fernerhin zur Sozialdemokratischen Partei stehen und ihr die Treue halten will, der kann nichts gemein haben mit dem, was auf der Reichskonferenz der verschiedenen oppo-

sitionellen Gruppen beschlossen worden ist. Es muß jetzt Farbe bekant werden. Die Genossen und Organisationen, die sich mit den Beschlüssen der Reichskonferenz der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, können nicht gleichzeitig Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben. Das eine schließt das andere aus.“

Mit dieser Bekanntmachung ist das Siegel auf die Beschlüsse der Konferenz der Parteioptionen gedrückt. Die Parteipolitik, die dort proklamiert wurde, hat der Parteivorstand lediglich bestätigt. Es war eine Operation, die unumkehrbar geworden war, die aber hoffentlich zu einer Gesundung des kranken Parteikörpers führen wird.

Wir hätten es lieber gesehen, wenn die Notwendigkeit für diesen Schritt nicht eingetreten wäre. Die Gegensätze sind ungebührlich aufgebauscht worden. Sie werden mit der Beendigung des Krieges von selbst verschwinden. Wenn man die beiden weltgeschichtlichen Dokumente, das Friedensangebot der Mittelmächte und die Antwort des Sejmächtebundes auf die Note Wilsons, so nimmt, wie sie sind, dann hätten viele schon ausgereicht, eine Brücke zwischen Mehrheit und Minderheit zu schlagen. Aber da einmal der Gegensatz vorhanden ist, benutzen die treibenden Kräfte jede Gelegenheit, die Klüft zu vertiefen, obwohl objektive Beurteiler zugestehen müssen, daß das unmittelbare Ziel, das von beiden Seiten, wenn auch mit verschiedenen Mitteln, verfolgt wird, das gleiche ist: Die schnelle Herbeiführung des Friedens.

Die Gewerkschaften können an der Parteispaltung nicht achlos vorübergehen. Bisher war die Sozialdemokratie in der Gesetzgebung die Verfechterin der sozialpolitischen Gewerkschaftsforderungen. Schon aus diesem Grunde mußten wir wünschen, daß die sozialdemokratische Partei innerhalb und außerhalb des Parlaments in achtunggebender Stärke auftritt. Die durch die Spaltung eingetretene Schwächung trifft in ihrer Wirkung auch die Gewerkschaften. Hinzu kommt, daß alle drei Oppositionsgruppen, die auf der Reichskonferenz am 7. Januar vertreten waren, dort mit Programmen antraten, die bei aller Verschiedenheit im übrigen, doch in dem Willen zur Ausschöpfung der Gewerkschaften übereinstimmten. Wir messen diesen Plänen keine übermäßige Bedeutung bei, wenn wir auch jedem Versuch einer Klüftung gegen die Gewerkschaften entschieden entgegenzutreten werden. Trotz all der unerfreulichen Erscheinungen bleibt unser Vertrauen zu dem gesunden Sinn der Arbeiter unerschüttert. Wenn mit Beendigung des Krieges auch die Wirkung der Kriegspolchose aufhören wird, von der ein Teil der Arbeiterpartei befallen ist, dann wird auch die unerquickliche Zeit der Spaltung bald der Vergangenheit angehören.

Arbeitswechsel in kriegswirtschaftlichen Betrieben.

Das Hilfsdienstgesetz gestattet den Hilfsdienstpflichtigen den Wechsel der Arbeitsstelle beim Vorliegen eines wichtigen Grundes, und eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Vaterländischen Hilfsdienst wird ausdrücklich als wichtiger Grund bezeichnet. Der Beschränkung der Freizügigkeit, die das Hilfsdienstgesetz an sich bringt, wird durch diese Bestimmung ein gut Teil ihrer Härte genommen. Im Hinblick auf den Zweck, der mit dem Hilfsdienstgesetz verfolgt wird, ist aber ein starker Arbeiterwechsel nicht sehr erwünscht, die Produktion wird dadurch nicht gerade gefördert. Es ist deshalb begreiflich, wenn das Kriegsam bemüht ist, dem Arbeiterwechsel möglichst entgegenzuwirken.

In einer Zuschrift an die Tagespresse untersucht es die Gründe, die dem Arbeiter den Wechsel der Arbeitsstelle wünschenswert erscheinen lassen. Da ist in erster Linie das Verlangen nach höherem Verdienste, und im Zusammenhang damit steht der Wunsch des Arbeiters, mit seiner Familie, von der er getrennt lebt, zusammenzuziehen, um dadurch seinen Lebensunterhalt zu verbilligen. Das Kriegsam empfiehlt den Arbeitgebern, zu prüfen, ob und wie weit sie die bisher von ihnen gewährten Löhne im Hinblick auf die Kriegsteuerung zu steigern in der Lage sind. Eine den Zeitumständen rechnungstragende Angemessenheit der Löhne ist unter allen Umständen herzustellen, Lohnrückstöße wie Lohnrückstöße zu vermeiden. Den Arbeitgebern wird empfohlen, bei der Lohnbemessung für die auswärts wohnenden Arbeiter auf deren doppelten Haushalt Rücksicht zu nehmen. Hierbei wird auf einen Erlaß des Reichsstatistikers vom 9. Januar 1917 verwiesen, der vorschreibt, daß bei dem Vergleich zwischen dem bisherigen Einkommen eines vom

Großbetriebe an der Front.

Mit der Dauer des Krieges haben sich hier draußen im Feindesland, wenige Kilometer hinter der Front, industrielle Anlagen herausgebildet, die mit Recht den Namen Großbetriebe verdienen. Es sind dies die Pioneerparcs der einzelnen Divisionen. Anfänglich waren in so einem Pioneerpark nur einige Handwerker beschäftigt. Meistens ein Stellmacher, ein Schreiner, dann kam ein Schmied, ein Schlosser hinzu u. s. w. Aber je länger der sogenannte Stellungskrieg dauerte, desto sorgfältiger wurden die Truppenstellungen ausgebaut, und um so mehr gelernter Arbeitkräfte wurden erforderlich, um alle die Anforderungen und Bedürfnisse zu befriedigen. So wuchsen diese zunächst zwar sehr unvollständigen Arbeitsstätten in wenigen Monaten zu fast modernen Großbetrieben heran. Man kann wohl sagen, daß zeitweilig so ziemlich alle Handwerker, wie Zimmerleute, Stellmacher, Schreiner und Schlosser, aus den Truppenstellungen in die Pioneerparcs abkommandiert werden.

Der „Pi. Pa.“ (wie der Pioneerpark kurz bezeichnet wird) der ... Infanteriedivision, von dem ich hier eine kleine Schilderung veröffentlichen will, liegt ungefähr an der Scheidegrenze zwischen Polen und dem eigentlichen Rußland, etwa 7 Kilometer hinter der Feuerstellung. Als ich in diesem Sommer ebenfalls hierher kommandiert wurde, waren insgesamt etwa 20 Handwerker tätig und weiter noch 30 Angehörige, wie Fahrer, Holzwerker u. s. w. Jetzt am Jahresbeginn 1916 sind 200 Mann beschäftigt. Ferner ist die Eisenbahn in nächster Umgebung, und nach vier Richtungen liegen die Schienen der Kleinbahn. Unausgesprochen bringt das Jügle die Holzwerke und führt die fertiggestellten Arbeiten sowie den

Proviand direkt an die Front. Wenn man nicht immer wieder das Donnern der Geschütze, das Rattern der Maschinengewehre hört, könnte man glauben, in irgendeinem industriellen Werke in Deutschland zu sein.

Anfangs des Sommers wurden die ersten noch sehr primitiven Anlagen durch Feuer zerstört, aber seitdem sind große Werkstätten neu errichtet worden. Zunächst ein Verwaltungsgebäude, ferner eine Schreinerei, eine Schlosserwerkstatt, eine große Schmiede und eine Stellmacherei; die letztere hat 500 qm Bodenfläche. Fangen wir bei den Metallarbeitern an. Augenblicklich sind 30 Mann, Schlosser und Schmiede, beschäftigt. Die letzteren beschäftigen die Pferde und versehen die Wagen und Schlitten mit Beschlägen. Die Schlosser fertigen vorwiegend Baubeschläge, machen die komplizierten Beschläge an die Fahrzeuge der Maschinengewehre und alle möglichen Artikel, die hier nicht alle ausgeführt werden können. In der Schlosserei stehen eine Leinwand-Drehbank, einige Leinwandmaschinen, Stangen und Pressen. Den Antrieb der Maschinen besorgt ein 25-pferdiger Elektromotor. Die Stromleitung kommt mehrere Kilometer weit her aus der Kraftzentrale. Der Motor treibt zugleich die Arbeitsmaschinen der Holzarbeiter. Die Anlagen der Holzarbeiter sind die größten und sollen zum Verständnis der Kollegen in der Heimat etwas eingehender gewürdigt werden.

Um all die großen Mengen an Brettern, Balken und Bohlen zu beschaffen, sind in der näheren Umgebung vier Sägewerke angelegt. Davon haben drei je einen Kollgatter und eine Kreissäge; das größte hat deren je zwei und noch eine Holzbohrmaschine und arbeitet Tag und Nacht. In den Sägewerken sind insgesamt durchschnittlich 60 Mann beschäftigt. Es stehen ferner noch eine Anzahl Zwickel da,

die „Panjes“, und spalten Stämme mit der Blockhäge. Die Sägewerke liegen natürlich mitten im Walde. Die Eisenbahn bringt nun die geschnittenen Hölzer bis vor die Werkstätten, außerdem sind noch eine Anzahl Fuhrwerke sowie noch einige Autos fortwährend in Tätigkeit. Im „Pi. Pa.“ selbst steht dann noch eine große Kreissäge mit Holzbohrer, die mittlere Stämme und größere Hölzer auftrinkt. Diese letztere Säganlage mit einem 20 m langen Zuführungsschlitten wurde hier hergestellt, ferner auch eine kleine Kreissäge in der Schreinerei und weiter eine Zapfenbohrung zum Ausschneiden der Minuslöcher sind von den Feldgrauen konstruiert und aufgestellt.

In der Stellmacherei stehen etwa 20 Kollegen. Sie machen die Reparaturen an den vielen Transport-, Proviand-, Munitions- und sonstigen Fahrzeugen, die alltäglich in diesen schlechten, schlammigen Wegen Rußlands zu Tausenden schadhast werden. Ferner oder sind Hunderte von neuen Wagen und Schlitten zu bewahren. So wurden seit Mitte September 500 Schlitten aller Größen und Konstruktionen hergestellt. Aber sie reichen bei weitem nicht aus, denn die Division braucht gar viele, und die Lebensdauer eines Schlittens ist oft recht kurz. Solange also der Schnee liegenbleibt, nimmt die Schlittenfabrikation ihren ununterbrochenen Fortgang.

Eine weitere Berufsgruppe sind die Zimmerleute. Es sind ihrer 15 Mann, und sie haben alle Hände voll zu tun, um all die Eisenbauarbeiten, Werkstätten und Unterstandshäuser und dergleichen Bauten aufzurichten. Die größte Abteilung im „Pi. Pa.“ bilden dann endlich die Schreiner. Zurzeit sind 10 Mann von dieser Abteilung beschäftigt. Von der Menge der Arbeit, die geleistet wird, macht sich der Ferner, wie wohl kaum einen

Heeresdienst zurückgestellt und seinem augenblicklichen Arbeitslohn ein Betrag von 2 Mk. für den Tag für den Unterhalt der Familie eingestellt wird. Demnach wäre eine Lohnzulage von 2 Mk. pro Tag das mindeste, was einem außerhalb seines Wohnortes beschäftigten verheirateten Hilfsdienstpflichtigen zu gewähren ist. Außerdem sollen sich aber die Unternehmer auch bemühen, die Unter- und Ernährungsverhältnisse der Arbeiter in angemessener Weise zu regeln. Als ganz unstatthaft bezeichnet das Kriegsamt die Versuche von Arbeitgebern, in unläuterer Weise Arbeiter anderen Betrieben absperrig zu machen und für sich heranzuziehen. Auf der anderen Seite redet es den Arbeitern freundlich zu, gute Arbeitsstellen nicht deshalb aufzugeben, weil sie es anderwärts noch besser haben können.

In diesem Zusammenhang wird noch ein besonderes Wort an die zurückgestellten Wehrpflichtigen gerichtet, und im Hinblick auf sie wird der Grundsatz aufgestellt: Wehrpflicht geht vor Hilfsdienstpflicht, Heeresdienst vor Hilfsdienst. Die Reklamierten unterstellen, ebenso wie die sonstigen Hilfsdienstpflichtigen, den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes. Sie können wie diese unter den gegebenen Voraussetzungen den Arbeitsplatz wechseln und nötigenfalls bei dem zuständigen Ausschuss die Erteilung des Ablehrscheines beantragen, aber die Sache hat für sie einen besonderen Haken. Das Kriegsamt sagt ihnen, sie seien vom Heeresdienst zurückgestellt, weil ihre Arbeit in einem bestimmten Betrieb für das Vaterland noch wichtiger erscheint als der Dienst im Heere. Entfällt aber diese Voraussetzung, und dieser Fall kann auch eintreten, wenn der Reklamierter zu einem anderen Betrieb übergeht, in dem er vielleicht leichter ersetzt werden kann, dann hat er aus militärischen Gründen die Wiedereinziehung zu gewärtigen. Das Kriegsamt sagt, es wird Sorge getragen werden, die natürlichen und begrifflichen Wünsche der Reklamierten schon bei der Zurückstellung oder doch späterhin durch Austausch nach Möglichkeit zu erfüllen. Nur kann dies nicht auf einmal geschehen, sondern verlangt, da es planmäßig erfolgen muß, eine gewisse Zeit. In dem guten Willen der maßgebenden Stellen zweifeln wir nicht, aber nichtsdestoweniger ist nach der gegebenen Auffassung die Stellung eines Reklamierten, der an einen ihm nicht zugehenden Platz gekommen ist, wenig angenehm. Er darf wohl nach den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes seinen Arbeitsplatz wechseln, aber er läuft dabei Gefahr, aus militärischen Gründen wieder einberufen zu werden.

An alle Arbeiter, sowohl an die Reklamierten als auch an die übrigen, richtet das Kriegsamt schließlich die Mahnung, bei eintretenden Mißbilligkeiten im Arbeitsverhältnis nicht gleich den Ablehrschein zu fordern, sondern zunächst die Vermittlung des Vorstehenden des Schlichtungsausschusses oder der Kriegsamtstelle anzurufen, die ihnen nicht ver sagt werden wird.

Die Versicherungspflicht ausländischer Arbeiter.

Der Bundesrat veröffentlicht eine vom 25. Januar datierte Bekanntmachung über die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung von Angehörigen feindlicher Staaten. Hiernach unterliegen solche Angehörige feindlicher Staaten, welche, ohne Kriegsgefangene zu sein, auf Grund von Maßnahmen der deutschen Heeresverwaltung zum Zwecke ihrer Beschäftigung nach Deutschland gekommen oder überführt worden sind, der reichsgesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung. Dagegen unterliegen sie der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nicht.

Die Heeresverwaltung ist aber berechtigt, jederzeit an Stelle des Trägers der Kranken- oder der Unfallversicherung das Heilverfahren zu übernehmen. In diesem Fall hat der Versicherungsträger der Heeresverwaltung die Kosten zu erstatten. Als Ersatz der Kosten für Krankenpflege oder Krankenbehandlung gelten drei Achtel des Grundlohnes, nach welchem sich das Krankengeld des Versicherten bestimmt. Ist der Versicherte in ein Krankenhaus aufgenommen, so sind außerdem für den Unterhalt zwei Achtel des Grundlohnes zu vergüten. Ist kein Grundlohn bestimmt, so gilt als solcher der wirkliche Arbeitsverdienst des Versicherten bis zu 6 Mk. für den Arbeitstag. Für Hilfsmittel, die bei Folgen von Betriebsunfällen erforderlich sind, um den Erfolg des Heilverfahrens zu sichern oder die Folgen der Verletzung zu erleichtern, ist aber stets der wirkliche Aufwand zu erlegen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Stargard (Pommern) wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 1. Februar 70 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 5. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Der in dieser Woche erscheinenden Februar-Nummer des „Holzarbeiter-Frauenblatt“ liegt Nr. 2 der „Feldpost-Zeitung“ für die im Felde stehenden Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes bei. Die Kriegserfrauen sind durch eine Aufforderung im Frauenblatt ersucht, die „Feldpost-Zeitung“ den Männern im Heere zuzusenden. Den Versand an die einberufenen ledigen Mitglieder müssen die Ortsverwaltungen übernehmen, denen die entsprechende Anzahl mit der heutigen „Holzarbeiter-Zeitung“ zugeht. Sollte die übersandte Stückzahl in einer Zahlstelle nicht ausreichen, so bitten wir um Nachbestellung. In alle Verbandsstellen richten wir das Ersuchen, dazu mitzuhelfen, daß jedes einberufene Mitglied die „Feldpost-Zeitung“ zugesandt erhält.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsblätter sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 80635 Hl. Lehner, Tschl., geb. 18. 5. 68 zu Alzingen.
- 687462 Adam Engler, Tschl., geb. 2. 9. 94 zu Neuleinigen.
- 751475 Heinr. König, Tschl., geb. 17. 3. 97 zu Sundern.

Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. (Möbelpolierer und Peizer.) Sobald der Friede die wirtschaftliche Sicherung gebracht hat, müssen auch unsere Kollegen und Kolleginnen allerorts fest zusammenstehen, um ihr Leben wieder menschenwürdig gestalten zu können. Auch sie müssen wirtschaftliche Sicherstellung fordern. Leider fehlt unserer Branche ein tariflich festgelegter Grundlohn, auf dem sich bei jeder Vertragserneuerung weiterbauen ließe. Auch der weiblichen Kollegen sowie der jungen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, die uns der Krieg in immer größerer Zahl beschert, muß bei zukünftigen Vertragsabschlüssen im besonderen gedacht werden. Darum beschloß sich die Branchenleitung in ihren letzten Sitzungen ganz besonders mit diesen Gegenständen. Es wird zuerst an die Kollegen Groß-Berlins eine Umfrage ergehen, um über die Verhältnisse in der Branche eine genaue Uebersicht zu gewinnen. Es werden Fragebogen an die einzelnen Werkstätten ergehen, auf denen die Kollegen um Auskunft gebeten werden über die Art der Arbeit, die Zahl der im Betriebe Beschäftigten, ob junge Kollegen und Kolleginnen unter 17 Jahren beschäftigt werden, im weiteren über Arbeitszeit, Verdiensthöhe, Verbandszugehörigkeit usw. Später wird sich diese Umfrage auch auf die Gauen im ganzen Reiche erstrecken. Um nun all diese Fragen schnell und gewissenhaft beantwortet zu erhalten, bedarf es der Mithilfe aller Kollegen. Zumal in den größeren Betrieben, wo die Kollegen oft voneinander räumlich getrennt arbeiten, dürfen sie sich nicht fremd gegenüberstellen. Es muß einer über des anderen Arbeitsbedingungen genau unterrichtet sein. Und im ganz besonderen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Unorganisierten sowie der weiblichen und jungen Kollegen, so daß in den Werkstattführungen wahrheitsgemäße Angaben über den ganzen Betrieb gemacht werden können. Also, Kollegen, folgt dem Rufe der Kommission, denn nur mit eurer Hilfe wird es uns möglich sein, bei zukünftigen Vertragsverhandlungen vorteilhafte Bedingungen für unsere Branche festzulegen.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Auf Grund der Tarifverträge treten folgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in Kraft:

Schwelm (Pinselfabriken Alex Rieck und Weinreich u. Co.): Erhöhung der Löhne um 10 Prozent ab 1. Februar.

Ab 15. Februar in:
Beuthen, Rattowitz und Königsblütze: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 58 auf 53 Stunden nebst Lohnausgleich.

Ludenwalde (Tischler): Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden verkürzt und der Lohn entsprechend erhöht.

Mühlhausen i. Elb. (Bau- und Möbelschreiner): Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 53 1/2 auf 53 Stunden verkürzt. Für Möbelschreiner werden die Stundenlöhne um 2 Pf. erhöht.

Schwern i. Mecklg. (Tischler): Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 56 auf 53 Stunden nebst Lohnausgleich.

Stralsburg i. Elb. (Bau- und Möbelschreiner): Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden verkürzt.

Die Unternehmer in Rheinland-Westfalen

versuchen jetzt ihre ablehnende Haltung gegen den Abschluß von Vereinbarungen, wie sie für das gesamte Holzgewerbe unter der Leitung des Reichsamts des Innern abgeschlossen sind, damit zu beschönigen, daß sie die unwahre Behauptung in die Welt setzen, über alle materiellen Fragen sei in den vorausgegangenen Verhandlungen mit den Arbeitervertretern eine Einigung erzielt worden.

Demgegenüber sei nochmals festgestellt: Die letzte schriftliche Erklärung der Arbeitervertreter in der Verhandlung am 21. Dezember v. J. lautete: Aufhebung der bestehenden Vertragslöhne auf 50, 55, 60 und 65 Pf., Erhöhung derselben um den Betrag der Teuerungszulagen bis auf 80 Pf. An Teuerungszulagen sollten gezahlt werden für Erwachsene 12 Mk. und für Jugendliche 8 Mk. wöchentlich ab 1. Januar 1917, bei Anrechnung von 5 Mk. der bisher gezahlten Zulagen.

Auf Grund einer persönlichen Verständigung zwischen je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter fand sodann eine getrennte Beratung der Parteien statt, in welcher ein von den beiden Vertretern formulierter Vermittlungsvorschlag zur Annahme empfohlen wurde. Hiernach sollte die Teuerungszulage vom 1. Januar 1917 ab 10 Mk. und vom 15. Februar 1917 ab 12 Mk. wöchentlich betragen, bei Anrechnung der bisherigen Zulagen bis zu 6 Mk. für die Woche. Der Satz von 8 Mk. Zulage für Jugendliche war nicht strittig. Bei Zustimmung der Arbeitervertreter zu diesen Vorschlägen sollten die Arbeitgeber nach der persönlichen Aussprache mit ihrem Vertreter in allen übrigen oben genannten Punkten, insbesondere auch der geforderten Erhöhung der Vertragslöhne, zustimmen.

Bei Wiedezusammentritt der Sitzung erklärten die Arbeitervertreter sich zur Annahme dieser Vorschläge bereit. Die Arbeitgeber dagegen lehnten dieselben ab; ihre hauptsächlichste Widerstand richtete sich gegen die Erhöhung der Vertragslöhne. Die Arbeitervertreter verlangten eine sofortige bindige Erklärung über die Annahme oder Ablehnung des von dem Vorsitzenden der Arbeitgeber mitvereinbarten, oben wiedergegebenen Vergleichsvorschlages. Die Arbeitgeber behaupteten, dazu nicht hinreichend autorisiert zu sein, sie müßten sich erst noch einmal mit ihren Auftraggebern darüber verständigen. Bis zum 28. Dezember sollte jedoch die definitive Antwort in den Händen der Gewerkschaftsvorstände sein. Als zu diesem Termin die versprochene Erklärung nicht in den Händen unseres Vorstandes war, erfolgte sofort von diesem die Vertragskündigung.

Zur besseren Illustration des jetzigen Verhaltens der Arbeitgeber sei noch mitgeteilt, daß der Innungsverband, der zugleich im Namen des Bauverbandes handelte, unserem Vorstand unter dem 27. Dezember schrieb: „Soweit bis jetzt aus der Stellungnahme unserer Ortsgruppen ersichtlich, ist eine Einigung über die Bewilligung der Forderung ihrem materiellen Inhalte nach, sowohl hinsichtlich der Erhöhung des Vertragslohnes als auch hinsichtlich der Teuerungshilfe, als gesichert anzusehen.“ Das konnte sich doch nur auf die in der Verhandlung besprochenen, von den Arbeitervertretern bereits anerkannten Bedingungen beziehen. Diese Tatsachen muß man sich vor Augen halten, um die jetzigen Behauptungen der Arbeitgeber richtig würdigen zu können. Dieselben scheuen sich nämlich jetzt nicht, ihren Mitgliedern sowohl als auch der gesamten Öffentlichkeit und dem Reichsamt des Innern gegenüber zu erklären, sie hätten sämtliche materiellen Forderungen der Arbeiter bewilligt, während in Wirklichkeit ihre Zugeständnisse lauten: Teuerungszulagen für Erwachsene 9 Mk. wöchentlich ab 1. Ja-

Begriff. Um nur einige Posten aufzuzählen, mögen diese Zahlen angeführt sein. In einem Zeitraum von 3/4 Jahren wurden angefordert und geliefert: 5200 Fenster, 800 Türen, 3000 Handgranatentasten, 400 Beobachtungsspiegel, 1000 Formen für Zementkunststeine, ja, es wurde sogar eine Schule hergerichtet für 150 Polentinder. Die Fenster sind allerdings meistens sogenannte „Normalfenster“, einfache Rahmen, 75x50 cm groß, mit Kreuzsprosse. Aber wie viele, viele Fenster mit 25 bis 30 Scheiben, dreiflügelige, vierflügelige, Klappfenster, ja, sogar regelrechte Doppelfenster haben wir gemacht. Bevor die Maschinen (Bandsäge und Kreissäge) aufgestellt waren, konnten wir im Monat etwa 150 bis 200 Fenster herstellen, jetzt werden in derselben Zeit bis zu 800 Stück fertig. Die Anforderungen von der Front sind oft so zahlreich, daß innerhalb weniger Tage unglaublich große Mengen dieser einfachen Arbeiten zusammengehauen werden. Ferner aber werden noch sehr viele und mannigfaltige Arbeiten verlangt, wie Tische, Stühle, Bettstellen, Kisten, Regale, Klubbessel (ohne Polster), ja, sogar Schreibtische und Riemenstühle und hundert andere Sachen, die gar nicht alle aufgezählt werden können.

Zwei Glaser, die „Lichtmacher“ genannt, haben neulich zu tun und verbrauchten in der genannten Zeit 120 Kisten Glas, je 4 bis 6 Zentner schwer. Wo das Zeug alles herkommt, ist kaum zu bezweifeln, aber die Front ist so ausgebeutet, und der Russe ist täglich und stündlich, sehr oft mit Erfolg, bemüht, unsere Unterstände mit samt Fenstern, Türen und allen Möbeln in Grund und Boden zu schieben, und da muß dann fortwährend Ersatz geschaffen werden.

Wenn nun die Quantität der Arbeiten ganz respektabel ist, so erfüllt freilich die Qualität nicht immer die sachmäßigen Anforderungen. Es mangelt eben stark an Werk-

zeugen. Das notwendigste Werkzeug, das der Schreiner braucht, die Hobelbank, fehlt fast völlig. Nur drei wacklige Exemplare sind vorhanden. Als Werkbänke dienen uns lange, starkgebaute Tische, und daran stehen wir zu beiden Seiten und hobeln und schufen fürs Vaterland. Dann fehlt uns ein weiterer sehr notwendiger Helfer: der Leim. Wie so mancher Artikel jetzt durch irgendeinen „Ersatz“ ersetzt wird, so auch der Leim. Das Ersatzmittel für Leim, das stark verwendet wird, sind Drahtnägel. Alles wird eben kalt „geleimt“. Wenn zu derartigen Arbeiten dann noch Holz verwendet wird, auf dem vorgerstern noch im Walde die Ämseln pfeifen, und wenn bei der jetzigen großen Kälte das Holz im tatsächlich gefrorenen Zustande verarbeitet wird, so kann sich jeder Fachmann ein ungefähres Bild machen, wie die Sachen aussehen, wenn sie einige Tage etwa in einem geheizten Raum stehen. Aber was liegt daran, den Krieg werden diese Möbel durchhalten, und der sollte doch nun bald zu Ende gehen.

Außer diesen genannten Handwerkerabteilungen sind auch dem „Pi. Pa.“ noch einige weitere Zweige angegeschlossen. Da ist eine Ziegeleikolonie von 15 Mann, die einige hunderttausend Backsteine im Feldbrandverfahren gebrannt hat. Seit Eintritt des Frostes sind diese Arbeiten allerdings eingestellt. Dann eine „Fettschmelze“. Da wird wohl mancher fragen: Was ist das, eine Fettschmelze, jetzt in dieser fettschmelzigen Zeit? Hier wird freilich kein Fett für Nahrungszwecke erzeugt, wohl aber handelt es sich um die Verwertung der gefallenen Pferde. Viele dieser Tiere gehen ein, und in großen Siedetesseln wird dann die letzte Spur Fett aus den Kadavern herausgezogen. Das so gewonnene Erzeugnis findet Verwendung in der Industrie, die Knochen werden zu Kunstdünger zerstampft.

Im weiteren kommen noch eine Anzahl Hofarbeiter, Lagerhalter, Magaziniers u. dgl. hinzu, und endlich sind etwa 200 gefangene Russen tätig beim Ent- und Beladen der Züge und bei allen möglichen Hilfsarbeiten. Ganz unheimliche Mengen an allerhand Baumaterial, wie Leerpappe, Stacheldraht, Zement, Schienen usw., kommen tagtäglich hier an und werden ohne längere Lagerung nach allen Richtungen an die Front gebracht. Von morgens bis abends halten stets eine Anzahl Fuhrwerke und harren der Abfertigung.

All die gewaltigen Mengen Holz, die hier verarbeitet oder zur Heizung verbraucht werden, liefert der schreibbar unerschöpfliche russische Wald. Die vorherrschende Holzart ist die Kiefer, sie ist geradwüchsig und mild. Dann folgt die liebliche schlanke Birke, die Fierde der russischen Wälder. Weniger zahlreich wächst die Eiche, und die Buche fehlt fast gänzlich. Und doch sind schon große Lücken in diesen vorher geschlossenen Wäldern entstanden. Der größte Vorrat erschöpft sich schließlich.

Die Leitung des „Pi. Pa.“ hat ein Leutnant, dem noch ein Feldwebel und zwei Unteroffiziere sowie zwei Schreiber beigegeben sind. In jeder Berufsgruppe ist dann ein sachlich ausgebildeter Kamerad als Aufseher.

Die Arbeitszeit im „Pi. Pa.“ beträgt 9 1/2 Stunden, Sonntags 6 Stunden. Beim Arbeitsanfang wie beim Schluß und bei der Mittagspause ist stets „Antreten“ der gesamten Mannschaften. Alles im strengsten militärischen Stil. Der Lohn allerdings, damit hapert's, 53 Pf. pro Tag und gehorchen in allen Lebenslagen. Da verliert schließlich alles an Wohlgefallen, und das ist auch ein Grund mit zu den vielen anderen Gründen, daß wir diesem schrecklichen Krieg ein recht schnelles Ende wünschen. Sans & Co.

nuar 1917 und 11 M. ab 15. Februar 1917, bei Umrechnung von 6 M. der bisherigen Zulagen. Für Jugendliche nicht 8, sondern 6 M. Die Erhöhung der Vertragslöhne um den Betrag der Teuerungszulagen lehnen die Arbeitgeber gänzlich ab. Angesichts dieser Tatsachen gehört schon eine dreiste Stirn dazu, in aller Öffentlichkeit und in einem Schreiben an das Reichsamt des Innern die Behauptung aufzustellen, man habe alle materiellen Forderungen der Arbeiter bewilligt. So sieht der Bürgerfriede vom Standpunkt dieser Unternehmer aus!

Zu diesen Vorgängen und den weiter notwendigen Maßnahmen nahm am 21. Januar eine von den beteiligten Gewerkschaften einberufene Konferenz von 341 Stellenvertretern Stellung. Die bisherigen Maßnahmen der Vorstände, insbesondere die erfolgte Kündigung der Tarifverträge, wurden gebilligt, dagegen wurde in der den Unternehmern zugestandenen Form der Wochenzulagen eine Verschlechterung erblüht, weil bei dem großen Umfang der Ueberzeitarbeit hierfür überhaupt keine Zulagen in Frage kämen. Die Konferenz hielt an der alten Forderung der Stundenzulage fest. Ebenso wurde einstimmig beschlossen, daß diese Erhöhung nicht unter 20 Pf. für Erwachsene und 15 Pf. für Jugendliche unter 18 Jahren und Frauen betragen soll, einschließlich der geforderten Erhöhung der Vertragslöhne. Die Zuschläge für Montage- und Akkordarbeiten müssen ebenfalls durchgeführt werden, desgleichen die Schutzbestimmungen für die Kriegsbeschädigten, deren Ablehnung durch diese von sozialen Phrasen trübenden Unternehmer besonders bezeichnend ist.

Nicht nur die Hochhaltung dieser Forderungen, sondern auch die für deren Durchführung erforderlichen Maßnahmen wurden von der Konferenz mit aller Gründlichkeit erörtert, wobei sich in jeder Beziehung vollste Einmütigkeit ergab. Das weitere ist nun zunächst Sache der beteiligten Kollegen selber.

In Schmöln hat das Verlangen der Arbeiterschaft nach Teuerungszulagen bei den Knopfabrikanten nur geringes Entgegenkommen gefunden; sogar Lohnabzüge sind vorgekommen. Daraus haben die Arbeiter und Arbeiterinnen in vier Fabriken, die zusammen etwa 170 Personen beschäftigen, die Kündigung eingereicht.

Gewerkschaftliches.

Eine Schande für die Gewerkschaftsbeamten.

Der zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gehörige preussische Landtagsabgeordnete Adolf Hoffmann hat nie in dem Aufgestanden, daß er der Gewerkschaftsbewegung besondere Sympathien entgegenbringe, Verdächtigungen gegen die Gewerkschaftsangehörigen können deshalb von dieser Seite kein besonderes Aufsehen erregen. Immerhin verdient eine Äußerung des Abgeordneten Hoffmann der hervorragenden Stelle wegen, an der sie gefallen ist, festgehalten zu werden.

In der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses am 19. Januar hielt der Abgeordnete Hirsch als Beauftragter der sozialdemokratischen Fraktion eine Etatsrede, in welcher u. a. folgende Stelle vorkam:

„Was die Gewerkschaften auf den verschiedenen Gebieten der Kriegswohlfahrtspflege, was sie auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge, was sie jetzt wieder bei der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst geleistet haben, das, meine Herren, ist mit goldenen Lettern in das Buch der Geschichte eingetragen.“

Diese Worte haben den Abgeordneten Adolf Hoffmann so gekränkt, daß er es für notwendig fand, in öffentlicher Sitzung dagegen zu protestieren. Allerdings hatte er zu diesem Zweck die Worte entstellt. Es war vergeblich, daß der Abgeordnete Hirsch seine Worte wiederholte, wie er hinzufügte, weil er vordussah, daß sie in den nächsten Tagen in irgendwelchen anonymen Flugblättern oder Zeitungsartikeln entstellt wiedergegeben werden würden. Der Abgeordnete Adolf Hoffmann nahm erneut das Wort und führte aus:

„Ich habe dann festzustellen, daß der Abgeordnete Hirsch das bestätigt hat, was ich hier festgenagelt habe, daß er gesagt hat, die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, die Hilfe der Gewerkschaften verdienen, mit goldenen Lettern eingetragen zu werden. Wir sind der Meinung, es hat eher zur Schande der betreffenden Gewerkschaftsbeamten gereicht.“

Dem Abgeordneten Adolf Hoffmann hat es sicher große Beugung bereitet, diese Meinungsäußerung an den Mann gebracht zu haben. Wir wollen ihm sein Vergnügen nicht rauben. Es genügt völlig, seine Worte niedriger zu hängen.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat an den Bundesrat und den Reichstag eine Eingabe gerichtet, durch die er wünscht, daß der Siebenuhr-Ladenschluß auf die Lebensmittelgeschäfte ausgedehnt und auch für die Friedenszeit beibehalten wird. In der Eingabe wird ausgeführt, daß der Siebenuhr-Ladenschluß die Arbeitszeit der Handlungsgehilfen verkürzt und daher aus sozialen Gründen nicht wieder beseitigt werden dürfe. Er sei auch für die Lebensmittelgeschäfte durchführbar, da ja die Lebensmittel gerade in der jetzigen Kriegszeit nicht erst des Abends, sondern an frühen Tagesstunden verkauft werden, weil das Publikum glaubt, daß in den späteren Tagesstunden die vorhandenen Lebensmittel ausverkauft sein könnten. Der dauernde Siebenuhr-Ladenschluß würde fernerhin eine Betriebskostensparnis für die Geschäftsinhaber mit sich bringen und auch insofern von volkswirtschaftlichem Nutzen sein.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Die neuen Reichskriegssteuergesetze, enthaltend: Kriegsteuergesetz (Kriegsgewinnsteuer), Rücklagegesetz, Besitzsteuergesetz in der neuen Fassung (Zuwachssteuer), Warenumschlagsteuergesetz, Der neue Frachttarifenstempelgesetz, Der neue Posttarif. Gesehverlag L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdener Straße 80. Preis 1 M., gebunden 1,35 M.

Das Warenumschlagsteuergesetz nebst amtlichen Auslegungen und gemeinverständlichen Erläuterungen von Handelslehrer P. Ch. Martens. 1917. Gesehverlag L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdener Straße 80. Preis 1 M., gebunden 1,35 M.

Wirtschaftliche Mughühnerzucht mit Spartoch- und Badbuch für die Kriegs- und Friedenszeit von Professor Noeder. Verlag von F. Hoffmann, Hamburg 33. Preis broschiert 80 Pf., kartoniert 1 M.

Gestorbene Mitglieder.

Paul Bergmann, Tischler, 44 J., gest. in Görlitz.
 Johs. Gohde, Modelltischler, 53 J., gest. in Harburg.
 Jos. Winter, Korbmacher, 52 Jahre, gest. in Wienburg a. d. Weiser.
 Phil. Fas, Schreiner, 60 Jahre, gest. in Mainz.
 Edward Heim, Schreiner, 62 Jahre, gest. in Mainz.
 Heinz Fikinger, Schreiner, 41 J., gest. in Mainz.
 Joh. Orthofer, gest. in Dachau.
 Bernhard Arndt, Polierer, 44 J., gest. in Berlin.
 Hermann Brunkow, Tischler, 44 J., gest. in Berlin.
 Wilhelm Siepe, Tischler, 49 Jahre, gest. in Berlin.
 Fritz Nordhoff, Tischler, 64 Jahre, gest. in Berlin.
 Fritz Schäfer, Tischler, 22 Jahre, gest. in Berlin.
 Rudolf Schlott, Polierer, 60 J., gest. in Berlin.
 Bertha Siebig, Paderin, gest. in Rabenau.
 Johanna Strähenther, Holzarbeiterin, 45 Jahre, gest. in Nürnberg.
 Theodor Niedenhofen, Tischler, 42 Jahre, gest. in Essen a. d. Ruhr.
 Ihre ihrem Andenken.

Otto Koch, Korbmacher, wird dringend ersucht, sich sofort bei mir zu melden. Fritz Köhler, Krosow (Bez. Magdeburg).

Tischler
für edle Möbel sucht
Rob. Geizler, Möbelfabrik, Wilsdruff (Sa.).

Tischler sucht in dauernde Beschäftigung
Emil Reinhold, Möbelfabrik, Wilsdruff i. S.

Tüchtige Möbeltischler
auf eigene Speise- und Herrschaftszimmer sofort gesucht.
Richard Elze, Hüben & Co., G. m. b. H., Peffen.

Modellschreiner.

Für Flugmotorenmodelle werden einige tüchtige Modellschreiner, die evtl. schon auf Flugmotorenmodelle gearbeitet haben, für dauernde Beschäftigung gesucht.
Rapp-Motoren-Werke, München 46, Schleißheimer Straße 288.

Tischler
auf Flugzeugteile gesucht.
Deutscher Holzarbeiter-Verband,
Zahlstelle Brandenburg a. S., Grabenstr. 3.
Tüchtige Anschläger stellt ein
Kurt Siebert, Möbelfabrik,
Raftenburg i. Ostpr.
Tüchtige Möbeltischler bei hohem Lohn und dauernder Stellung sofort gesucht.
Ab. Müller, Kunsttischlerei,
Leipzig, Sophienstr. 25.

Holzdrehfleser
für Heereslieferungen gesucht.
Heiß, Goldmann & Co., Offenbach a. W.
Stuhlbauer auf gute Stühle, Sessel und Garnituren sowie Polierer auf gute Arbeit für dauernde Beschäftigung bei gutem Verdienst gesucht.
Kürth & Sieber, Geringswalde i. Sa.

2 Stuhlbauer sucht
Stuhlfabrik Niederbobrich b. Freiberg (Sa.)

Suche per sofort
20 Korbmacher
auf mittlere Wännenkörbe und
98er Munitionskörbe.

Jul. Mosler,
Kgl. Bayer. Postwarenfabrik,
München, Frauenplatz 8.

Mehrere Korbmacher auf Untergestelle für
F. P. A. gesucht.
W. Fischen, Korbmacherei,
Geestemünde, Poststr. 47.

4 Korbmacher
auf Grün, Gemat, Kohlen- und Fischkörbe
stellt sofort ein (25% Tarifaufschlag)
Georgfried Wölke, Bergen (Zwei Nagen).

Korbmacher
auf runde 66er Geschoßkörbe gesucht
Gebr. Wolff, Bernburg

Korbmacher
auf Weidenmöbel bei gutem Material, hohem Lohn, sowie Korbmacher auf grüne und weiße Arbeit. Verheiratete erhalten Gartenland frei.
Reinhold Hoffmann, Korbmachermeister,
Unruhstadt (Posen).
Ein tüchtiger Bohrer und Pecher für Granatenbüchsen gesucht. Wochenlohn 42 M. Ferner auch ein tüchtiger Pecher bei hohem Akkordlohn.
R. Klindt, Hildesheim, Goethestr. 30.

Sofort gesucht mehrere
Gesellen zum Pechen
eines Blassava-Ersatzmaterials. 1000 Bündel
4,50 M.
M. Th. Ehrig, Birkenfabrik,
Kiel, Exerzierpl. 18.

Werkzeug-Neuheiten.
Preislisten gratis und franko!
Otto Bergmann, Berlin SO., Oppelnersir. 31.

Grubenholz, zirka 50 Morgen 45 bis 50jähriger Bestand, dicht an Chaussee unweit Cottbus, zu verkaufen. Näheres D. Riefelke, Cottbus.

Praktische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.
Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 20. Januar, bis Freitag, 26. Januar 1917.
 A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
 C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bauhandwerker			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drehfleser			Sonstige Branchen			Insgesamt
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	
Berlin	17	28	18	30	40	18	23	12	25	1	6	98	5	103	164	35	225		
Bremen	1	1	2			3	4								4	6	10	10	1
Breslau																			
Celle																			
Chemnitz	7	6		3	8		1		1	1							11	16	
Eisenburg															10	14	15	14	
Forst																			
Hamburg																			
Hannover																			
Herrsching																			
Leipzig	1	1	1	7	45	1	6	13		1	2				4	1	8	19	10
Lübeck	1	2		1	22	1	3											2	27
Zusammen	27	9	30	31	110	42	27	21	23	14	3	26	1	6	106	22	125	206	165
Vor. Woche	33	9	29	46	105	34	38	25	30	21	5	27	2	5	97	17	115	237	161

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den praktischen Arbeitsnachweis zu benutzen.